



Rund 15 000 Lobbyisten sind in der EU-Metropole Brüssel aktiv. Das Ziel der Interessenvertreter: Einfluss auf die Politik nehmen. Ihr Tätigkeitsfeld umfasst alle drei

Organe der Europäischen Union: Parlament, Kommission und Rat. Ein ganz normaler Vorgang. Dennoch lautet das Gebot der Stunde: Mehr Kontrolle

Register und Fußabdruck sollen für Transparenz sorgen

EU-Parlament will gemeinsame Lobbyisten-Liste mit Kommission und Rat – doch ein einheitliches Vorgehen ist noch nicht in Sicht

Von Giorgio Trismurtas

In den Cafés rund um den Brüsseler „Place du Luxembourg“ sind freie Sitzplätze Mangelware. Der luxemburgische Platz hinter dem Europäischen Parlament ist nicht nur ein beliebter Treffpunkt für private Verabredungen, sondern auch der Ort unzähliger Gespräche zwischen EU-Abgeordneten und Lobbyisten. Das Ziel der Vertreter von Verbänden und anderen Interessengruppen: Sie wollen Einfluss nehmen auf die Gesetzgebung, im Auftrag von Interessengruppen und -verbänden. Ein völlig legitimer und normaler Vorgang in demokratischen Entscheidungsprozessen – vorausgesetzt, es geht allein um Information und Aufklärung und nicht um Versuche negativer Beeinflussung oder gar Bestechung.



Hans-Peter Mayer

„Die Bedeutung des Lobbyismus in Brüssel hat von Jahr zu Jahr zugenommen“, stellt der EU-Abgeordnete Ingo Friedrich (CSU/EVP) fest. Er vertritt seinen mittelfränkischen Wahlkreis seit 1979, ein Mann der ersten Stunde des EU-Parlaments. Rund 15 000 Lobbyisten arbeiten nach offiziellen Schätzungen mittlerweile in Brüssel. 5 000 haben sich allein in der europäischen Volksvertretung registriert. Der Grund für diese gewaltige Zahl sieht Friedrich in der Tatsache, „dass viele Themen – wie Umwelt, Klima, Steuern, Soziales, Wettbewerb oder Patentschutz – allein national nicht mehr zu regeln sind.“ Deshalb, ist Friedrich überzeugt, „wollen die Lobbyisten auch an dieser Stelle Einfluss nehmen.“

Sein Fraktionskollege, der Vizepräsident EU-Parlamentarier Hans-Peter Mayer (CDU/EVP), sieht den seriösen Lobbyismus grundsätzlich als etwas Positives. Dennoch: „Wir müssen viel wissen, um zu einem Entschluss zu kommen“, sagt Mayer. Rund ein Viertel seiner Gespräche mit Lobbyisten bezeichnet Mayer als „interessant.“ Und auch Friedrich ist überzeugt: „Ein seriöser und transparenter Lobbyismus hilft, die Effizienz der Entscheidungsfindung zu steigern.“

Nähe durch sachlichen Austausch und gleichzeitig Distanz halten – dieses Verhältnis zu wahren, scheint im Interesse aller Beteiligten. Mit beiden Seiten vertraut ist Prof. Dr. Werner Münch. Sechseinhalb Jahre war er für die CDU im EU-Parlament, später vertrat er als Lobbyist drei Jahre lang die Deutsche Bahn in Brüssel (siehe Kasten rechts). Auch heute ist er dort aktiv, als selbstständiger Regierungsberater, einer Sonderform des Lobbyismus. Für Münch steht fest: „Ein Abgeordneter sollte sich auf seine Fachgebiete konzentrieren. Er muss zuhören können und lernbereit sein, aber auch mutig genug, eigene abweichende Positionen darzustellen.“ Ein Lobbyist wiederum, führt Münch aus, müsse „auch bereit sein anzuerkennen, dass es berechnete andere Interessen gibt, weshalb er gut beraten ist, kompromissbereit zu sein.“ Am besten erreiche ein Lobbyist sein Ziel, wenn er den politisch zu entscheidenden Gegenstand gut begründet und ohne Übertreibungen vortrage, wenn er konfliktlos auftritt und in der Sache gut informiert ist“, erklärt Münch.



Nähe und Distanz – beides ist wichtig im Kontakt zwischen EU-Parlamentariern und Lobbyisten. Symbol-Foto: Braunschweig

Ein Verhaltenskodex für Lobbyisten, die Zutritt zum Parlament haben wollen – den gibt es auch in schriftlicher Form. „Wir haben seit 1996 ein de facto obligatorisches Register. Dabei unterschreiben die Lobbyisten ein Formular, in dem steht zum Beispiel, dass sie keinen Abgeordneten unfair beeinflussen dürfen“, erläutert Friedrich.

Mittlerweile treiben die EU-Vollvertreter den Ausbau des Registers voran. Mehr Transparenz und Kontrolle lautet die

Devise. Am 8. Mai nahm das EU-Parlament einen von Friedrich vorgelegten Bericht mit großer Mehrheit an, der ein „gemeinsames, institutionelles und verbindliches EU-Lobbyisten-Register“ vorsieht. Diese Liste soll zudem öffentlich zugänglich sein und zudem eine „umfassende finanzielle Offenlegung“ sowie einen „gemeinsamen Mechanismus zur Streichung aus dem Register“

beinhalten. Am 23. Juni legte die EU-Kommission nach: Sie veröffentlichte im Internet ein eigenes Lobbyistenregister – der Eintrag ist allerdings zunächst freiwillig. Innerhalb der Lobby-Gruppen müssen nicht nur angegeben, wen sie vertreten und welche Ziele sie verfolgen, sondern auch wieviel Geld sie ungeführt für die Vertretung der Interessen aufwenden. „Nun gilt es zu fragen, ob und wie wir mit der Kommission eine gemeinsame Lobbyisten-Liste erstellen können“, sagt Friedrich.

Im Dunkeln bleibt derzeit weiterhin, welche Lobby-Einflüsse im Rat – dem Organ der einzelnen Regierungen der EU-Staaten – eine Rolle spielen. Mayer drängt deshalb mit Nachdruck auf die Schaffung eines „gemeinsamen verbindlichen Registers aller drei EU-Institutionen“. Der SPD-Europaparlamentarier Matthias Grothe aus Rheinland-Pfalz sekundiert und stellt heraus: „Es kann dem Rat nicht schaden, dass wir auch bei ihm mehr Transparenz bekommen.“

Verstärkte Durchsichtigkeit – dieses Anliegen soll nach dem Willen der EU-Abgeordneten auch durch den legendären Fußabdruck“ verstärkt werden. „Dies bedeutet, dass im Zusammenhang mit jeder neuen Richtlinie durch den zuständigen Ausschuss eine Liste erstellt wird, aus der hervorgeht, welche Interessenverbände an der Diskussion über ein Gesetz mitgewirkt haben“, erläutert Friedrich das neue Instrument. Dabei sieht er auch Vorteile für Lobbyisten. Eine Erwähnung könne einem „Gütesiegel“ gleichkommen.

Lobbyistenregister der Kommission: ec.europa.eu/transparencyregister

ZUMTHEMA

Lobbyismus hat viele Facetten. Eine seiner Sonderformen ist die **Regierungsberatung**. Auf diesem Feld ist Prof. Dr. Werner Münch



Werner Münch

aktiv, der lange in Lohn gelebt hat. Der Ex-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt hat 2004 in der bulgarischen Hauptstadt Sofia eine Management- und Beratungsagentur gegründet. „Ich berate deutsche Investoren in Bulgarien und Bulgaren bei Fragen und Problemen mit der EU oder Deutschland“, fasst Münch seine Tätigkeit als „selbstständiger Dienstleister“ zusammen. Er fügt hinzu: „Seit 2005 arbeite ich zusätzlich für Aserbaidschan bei der EU und beim Europarat als politischer Lobbyist.“ In beiden Aufgaben, berichtet Münch, umfasse sein Handlungsspektrum auch die EU-Zentren Brüssel, Straßburg und Luxemburg. Ein Lob, über den Münch sagt, er „wäre ohne meine früheren Ämter und Funktionen nicht möglich oder sinnvoll.“

Die Entscheidungsmechanismen der EU hat Münch sowohl als CDU-Europaparlamentarier (1984 bis 1990) als auch als Interessenvertreter der Deutschen Bahn in Brüssel (1998 bis 2001) kennengelernt (siehe auch Text links). Anschließend war er im Rahmen des EU-Programms „Phare“ Berater der bulgarischen Regierung. Zwei Projekte betreute er in jener Zeit. Bei dem ersten ging es um die „Verstärkung der Kapazitäten des Ministers für Wirtschaft“, erklärt Münch. Die zentralen Ziele: Reorganisation des Ministeriums, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter, Schaffung von Export-Anreizen, Förderung von Investitionen und die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Land. Das zweite Projekt beinhaltete die „Einführung intelligenter Mechanismen zur Finanzkontrolle im Ministerium der Finanzen“, berichtet Münch. Bulgarien sollte „an EU-Standards herangeführt und auf seinen späteren EU-Beitritt vorbereitet werden.“ Über die zwangsläufige doppelte Ausrichtung des politischen Lobbyismus bei jener Tätigkeit sagt Münch: „Ich habe in erster Linie EU-Interessen vertreten, aber gleichzeitig dem Anliegen Bulgariens gedient.“ (gio)

IM GESPRÄCH

Modellautos und Sachbücher gehören zur Praxis

CSU-EU-Abgeordneter Friedrich über Vorgehen der Interessenvertreter: Positionspapiere statt lästige Anrufe

Von Giorgio Trismurtas

Brüssel – Kleine Modellautos, Kugelschreiber und Sachbücher – solche Geschenke von Lobbyisten hat der CSU-Europaparlamentarier Ingo Friedrich durchaus schon angenommen. Einige davon hat er noch in seinem Brüsseler Parlamentsbüro. „Das sind Dinge, die in der Praxis vorkommen“, sagt er und fügt hinzu: „Die Sachen werden oft weitergeschickt.“ Das ganz normale Schicksal von Werbe-Nippes und Literatur, die beim Besuchen keine Leidenschaft entfacht. Mögen Präsente dieser Art zum Alltag von EU-Parlamentariern gehören, so gilt zugleich: „Als Abgeordneter darf man keine Geschenke mit Wert

annehmen“, erklärt Friedrich. Wie aber sieht es mit Einladungen in teure Restaurants aus? Friedrich nennt hierzu folgendes charakteristisches Beispiel: Im letzten Jahr habe ein deutscher Verband alle 99 EU-Abgeordneten aus der Bundesrepublik „in das beste Restaurant von Brüssel eingeladen, ins „Comme chez soi“. Es kamen drei.“ Einer davon sei er selbst gewesen und er habe sagen müssen: „Ich kann nur die Vorspeise nehmen, weil ich um 20 Uhr schon zum nächsten Termin muss.“ Friedrichs Fazit: „Die Attraktivität von Einladungen in teure Restaurants hat hier in Brüssel keinen wirklichen Wert, weil man dauernd eingeladen wird.“ Die häufigste Situation eines Ge-



Terminstress, ist der EU-Abgeordnete Friedrich (CSU) überzeugt, mache Einladungen von Lobbyverbänden in teure Restaurants völlig unattraktiv.

sprächs mit einem Lobbyisten sei für ihn entweder während eines Frühstückes in einem der Abgeordneten-Salons oder während eines Mittagessens im Parlamentarierhaus. In der Regel erhalte er nach solch einem Treffen „ein Papier, in dem die Positionen noch einmal zusammengefasst wird“, erklärt Friedrich. „Lästige Anrufe kommen nicht häufig vor“, sagt Friedrich. Interessenvertreter wissen: Telefonat ist kontraproduktiv.

Deshalb lautet Friedrichs Erfahrung: „Lobbyisten wollen nicht nerven, sondern möglichst sympathisch auftreten.“ Für den Mittelständler steht somit zwar fest, dass Lobbyisten „nicht mit Druck“ arbeiten. Doch habe er auch eine Situation erlebt, in der

er sich „wirklich mal bedrückt gefühlt“ habe. Das sei im Fall einer Nichtregierungsorganisation zum Tierschutzorganisation gewesen. „Diese Organisation hatte 1984 eine eigene interfraktionelle Arbeitsgruppe im Parlament gegründet. Ich wurde eingeladen, aber wir hatten gleichzeitig unsere CSU-Sitzungen.“ Ein halbes Jahr lang habe er deshalb an keiner der acht Sitzungen der Tierschützer teilnehmen können. Friedrich: „Dann wurde in einer Zeitung geschrieben, dass man mir nicht glauben solle, wenn ich behaupte, ein Tierfreund zu sein.“ Die Konsequenz: Auf Friedrichs Schulbuch landeten „viele unangenehme Briefe aus ganz Deutschland.“